

Bericht

Thema: **Kommunale Energieplanung**
Auswertung der Bevölkerungsumfrage vom März 2024

Datum: 11. Juni 2024

Verfasser: Abteilung Bau und Planung/Energiekommission

Sachverhalt

Am 12. November 2020 genehmigte die Gemeindeversammlung das kommunale Energieleitbild 2020 mit dem dazugehörigen Kredit für Energiefördermassnahmen gemäss Förderprogramm. Um die Ziele des Energieleitbilds zu konkretisieren und Massnahmen zur Zielerreichung zu entwerfen, beauftragte der Gemeinderat das Büro Intep Integrale Planung GmbH, Zürich, am 20. Februar 2023 mit der Erarbeitung einer kommunalen Energieplanung.

Die Energieplanung basiert auf der "Empfehlung für kommunale und regionale Energieplanungen" des kantonalen Departements Bau, Verkehr und Umwelt BVU. Mit der Energieplanung bekennt sich der Gemeinderat zu den Zielen der Energiestrategien von Bund und Kanton. Die Energieplanung stellt einerseits ein behördenverbindliches Planungsinstrument dar, nach welchem der Gemeinderat sein Handeln ausrichtet, um die Ziele des von der Gemeindeversammlung verabschiedeten Energieleitbilds zu erreichen. Andererseits bildet sie auch die Rechtsgrundlage für mögliche grundeigentümerverbindliche Festlegungen in der kommunalen Bau- und Nutzungsordnung BNO hinsichtlich energetischer Anforderungen.

Die Erarbeitung der kommunalen Energieplanung mit den darin enthaltenen Massnahmen erfolgte 2023 und wurde durch die Energiekommission eng begleitet. Wie die Umsetzung der einzelnen Massnahmen erfolgen soll, welche Kosten damit verbunden sind, in welchem Zeitrahmen dies stattfindet und dergleichen, ist derzeit noch offen. Vorbehalten bleiben stets Gemeindeversammlungsbeschlüsse, wo solche notwendig sind (z.B. BNO-Revision, Investitions- und Budgetkredite und dergleichen).

Im Dezember 2023 entschied der Gemeinderat, dass die Bevölkerung Gelegenheit erhalten solle, sich zum Planungsbericht zu äussern, bevor dieser verabschiedet und in Kraft gesetzt wird. Zu diesem Zweck wurde Ende Februar 2024 ein Beitrag darüber in der Ennetbadener Post, Ausgabe 1/2024, publiziert. Gleichzeitig wurden der Bericht "Gemeinde Ennetbaden; Kommunale Energieplanung" sowie ein Formular zur Teilnahme an der Umfrage auf der Gemeindehomepage zum Download bereitgestellt.

Die Eingaben wurden nicht einzeln beantwortet. Stattdessen wurden die Rückmeldungen nach Ablauf der Eingabefrist am 7. April 2024 ausgewertet und das Ergebnis in diesem Bericht zusammengefasst. Der Bericht wird veröffentlicht, damit sich die Teilnehmenden darin wiedererkennen können.

Rücklauf

An der Umfrage haben 13 Einzelpersonen und eine Organisation teilgenommen. Aufgrund der Komplexität und des Berichtumfangs war nicht mit einem grösseren Rücklauf zu rechnen, denn die Beantwortung der Fragen erforderte eine (zeit-) intensive Auseinandersetzung mit dem Thema und setzte teilweise spezifische Kenntnisse voraus. Denkbar ist auch, dass die Bevölkerung nach wie vor wenig sensibilisiert ist für Energie-, Klima- und Umweltbelange, weshalb diese Themen in der Hektik des Alltags kaum Platz finden. Hier setzen auch einige der vorgeschlagenen Massnahmen an, welche eine verstärkte Sensibilisierung und bessere Information der Öffentlichkeit zum Ziel haben.

Aufgrund der Teilnehmerzahl ist das Ergebnis der Umfrage weder repräsentativ, noch kann es verlässlich auf die Bevölkerungszahl hochgerechnet werden. Es liegt in der Natur der Sache, dass die (wenigen) vorliegenden Rückmeldungen von interessierten, mit dem Thema vertrauten Personen eingereicht wurden. Es sind somit keine zuverlässigen Rückschlüsse darüber möglich, inwiefern die Inhalte und die beschriebenen Massnahmen durch die gesamte Bevölkerung unterstützt und mitgetragen oder aber abgelehnt werden.

Systematik

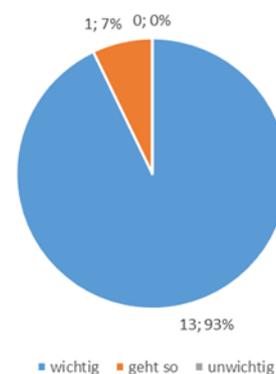
- A. Der erste Teil des Umfrageformulars bestand aus spezifischen Fragen, die durch Ankreuzen der jeweiligen Antwort erwidert werden konnten. Die Auswertung der Rückmeldungen erfolgte statistisch nach Anzahl Nennungen, jedoch ohne Wertung und Gewichtung.
- B. Im zweiten Teil des Formulars hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, ihre Hinweise, Vorschläge und Bemerkungen frei zu formulieren. Diese Rückmeldungen wurden nach Themen gruppiert, tabellarisch erfasst, durch die Energiekommission geprüft und mit einem Kommentar versehen.

Ergebnis

A. Statistische Auswertung der spezifischen Fragebeantwortung

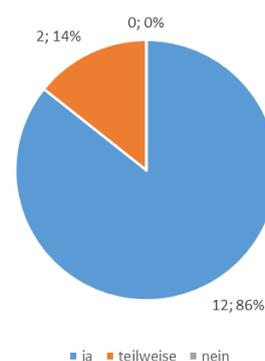
Frage 1: Wie wichtig sind für Sie die Themen Energie, Klima und Umwelt?

Wie nicht anders zu erwarten, sind die Themen für die überwiegende Anzahl der Teilnehmenden wichtig (13; 93 %). Nur eine Person hat die Frage mit "geht so" beantwortet (7 %).



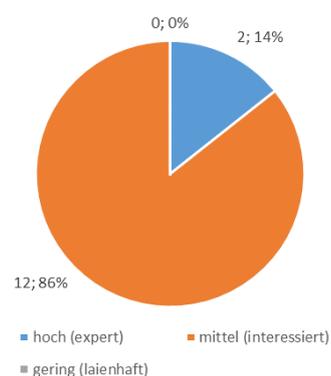
Frage 2: Unterstützen Sie die Anstrengungen des Gemeinderats zur Erreichung übergeordneter Energie- und Klimaziele?

12 Teilnehmende (86 %) haben diese Frage uneingeschränkt mit "ja" beantwortet. Vorbehalte wurden von 2 Teilnehmenden geäußert, die mit "teilweise" geantwortet haben (14 %). Diese haben ihre Bedenken im freien Textteil konkretisiert.



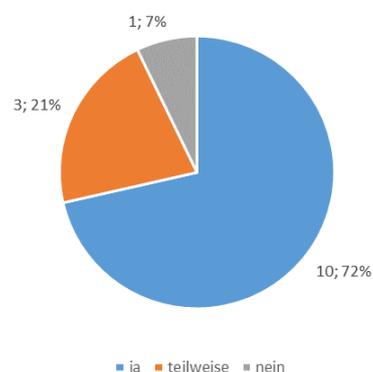
Frage 3: Wie hoch schätzen Sie Ihr persönliches Fachwissen bei Energiefragen ein?

Hier ist das Verhältnis umgekehrt: Nur 2 Teilnehmende (14 %) bezeichnen sich selber als Experten, was z.B. durch ihren beruflichen Hintergrund begründet ist. Alle übrigen Mitwirkenden schätzen ihr Fachwissen als "mittel (interessiert)" ein (12; 86 %).



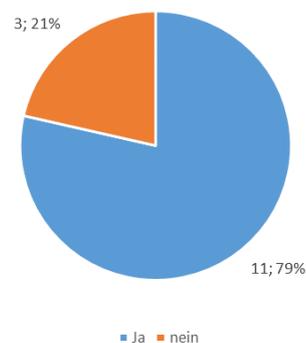
Frage 4: Können Sie den Inhalt des Berichts "Kommunale Energieplanung" verstehen und nachvollziehen?

Auf diese Frage musste eine Person mit "nein" antworten (7 %), was ihre Rückmeldung vielleicht umso wichtiger macht, repräsentiert sie doch wahrscheinlich einen grossen Teil der Bevölkerung. Immerhin 10 Personen (72 %) deklarierten, dass sie den ganzen Bericht verstanden hätten, während 3 Teilnehmende (21 %) die Frage mit "teilweise" beantwortet haben.



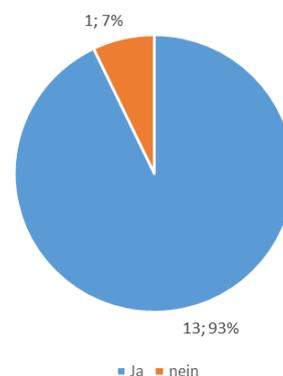
Frage 5: Kennen Sie das kommunale Energieförderprogramm?

3 von 14 Teilnehmenden (21 %) haben keine Kenntnis davon, dass die Gemeinde Ennetbaden zusätzlich zum Gebäudeprogramm von Bund und Kanton Förderbeiträge für Energiesparmassnahmen ausrichtet. Von den 11 Teilnehmenden, welche die Frage mit "ja" beantwortet haben (79 %), haben 6 selber schon Energieförderbeiträge von der Gemeinde erhalten (gemäss Abgleich zwischen Teilnehmerliste und Förderbeitragsliste).



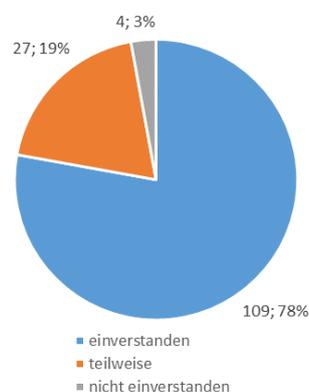
Frage 6: Wären Sie an einer öffentlichen Informationsveranstaltung zum Thema interessiert?

Die überwiegende Mehrheit der Teilnehmenden (13; 93 %) würde eine solche Veranstaltung begrüssen, eine Person (7 %) hat kein Interesse daran, dass die Gemeinde eine solche Veranstaltung durchführt. Hierbei gilt es zu bedenken, dass es bereits ein grosses Angebot an derartigen Informationsveranstaltungen gibt, sei es vom Kanton, von der Stadt Baden, von der Energieberatungsstelle oder von Dritten. Ob Heizungersatz, Gebäudeisolation oder Stromgewinnung: Die Möglichkeiten, sich zu informieren, sind vielfältig.



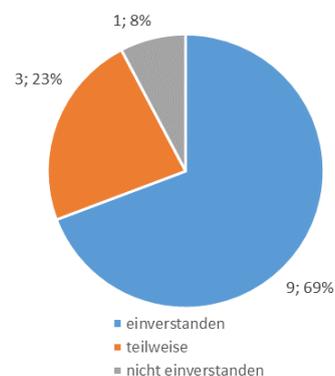
Frage 7: Mit welchen der im Bericht "Kommunale Energieplanung" vorgeschlagenen Massnahmen zur Zielerreichung sind Sie einverstanden, mit welchen nicht?

Die folgenden Fragen beziehen sich auf die im Kapitel 7 beschriebenen Massnahmen M1 bis M10. Die erste Grafik zeigt die Auswertung über alle Massnahmen zusammen, d.h. sie umfasst die Summe aller abgegebenen Stimmen. Hieraus lässt sich nicht ableiten, welche Massnahmen gutgeheissen werden und welche nicht. Es zeigt sich aber, dass über ¾ der Teilnehmenden dem Massnahmenpaket grundsätzlich zustimmen, demgegenüber einzelne Massnahmen aber auch kritisch bis ablehnend beurteilt werden.



Frage 7, Massnahme M1: Begleitung und Umsetzung Wärmeverbund

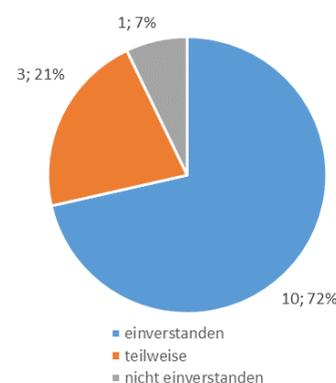
Die Frage bezieht sich darauf, inwiefern die Gemeinde auf den Ausbau des Wärmeverbunds der Regionalwerke AG Baden Einfluss nehmen soll. 9 Teilnehmende (69 %) sprechen sich dafür aus, dass die Gemeinde ihre Interessen massgeblich einbringen soll, 3 plädieren für Zurückhaltung oder haben generell Vorbehalte gegen den Wärmeverbund (23 %), während 1 Person sich dagegen ausspricht, dass die öffentliche Hand Einfluss auf einen privatrechtlich organisierten Drittanbieter nimmt (8 %).



1 Person hat diese Frage nicht beantwortet.

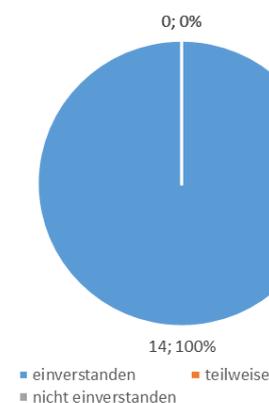
Frage 7, Massnahme M2: Revision der Bau- und Nutzungsordnung BNO

Dies ist wohl jene Massnahme, welche am schwerwiegendsten ins Privateigentum eingreift: Durch grundeigentümergebundene Regelungen in der BNO können Liegenschaftsbesitzerinnen und Besitzer zu energetischen Massnahmen verpflichtet werden. So zum Beispiel eine Anschlusspflicht an die Fernwärme, wo diese vorhanden ist, oder eine weitergehende Verpflichtung zur Erstellung von Solaranlagen, als es die Regelungen von Bund und Kanton vorschreiben. 10 Teilnehmende finden diese Vorgehen richtig (72 %), 3 teilweise (21 %) und 1 Person ist dagegen (7 %).



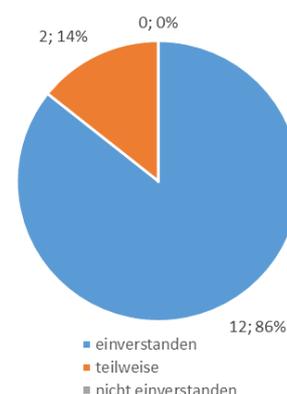
Frage 7, Massnahme M3: Sanierungsstrategie für kommunale Gebäude entwerfen

Diese Massnahme geniesst die uneingeschränkte Zustimmung aller 14 Teilnehmenden (100 %). Demnach soll die Gemeinde für sämtliche ihr gehörenden Liegenschaften des Verwaltungs- und Finanzvermögens eine Planung erstellen, um diese Gebäude baulich und betrieblich innert einer sinnvollen Frist auf einen zeitgemässen, CO₂-neutralen Stand zu bringen. Die Umsetzung einer solchen Planung ist danach mit beträchtlichen Investitionen verbunden.



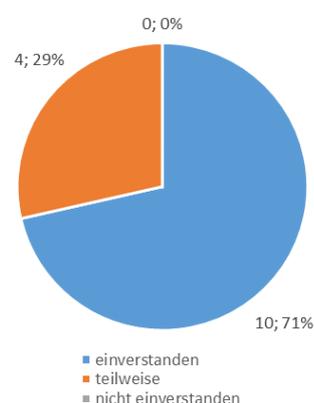
Frage 7, Massnahme M4: Betriebsoptimierungen kommunale Gebäude und Anlagen hinsichtlich Strom, Wasser, Wärme

12 Teilnehmende stimmen dieser Massnahme zu (86 %), 2 sind skeptisch (14 %). Jene Teilnehmenden, welche die Frage mit "teilweise" beantwortet haben, sind zwar laut ihren Erwägungen nicht gegen derartige Betriebsoptimierungen, sie zweifeln jedoch deren verbleibendes Potential an, weil in dieser Hinsicht bereits sehr viel unternommen und umgesetzt wurde.



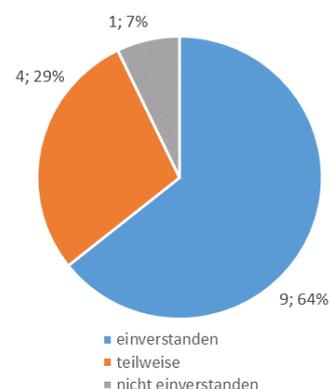
Frage 7, Massnahme M5: Informationsveranstaltungen durchführen

Während 10 Teilnehmende (71 %) die Durchführung von öffentlichen Informationsveranstaltungen begrüssen, sind sich 4 (29 %) nicht sicher, ob sie Bedarf danach hätten oder einen solchen Anlass besuchen würden. Niemand hält diese Massnahme aber für falsch.



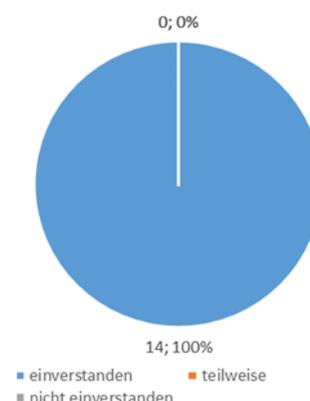
Frage 7, Massnahme M6: Kommunikation im Energie- und Klimabereich verstärken

Mit dieser Massnahme soll die Bevölkerung für die wichtigen Themen sensibilisiert werden. Zwar unternimmt die Gemeinde mittels regelmässiger Beiträge aus der Wald-, Natur- und Landschaftskommission und der Energiekommission in der Ennetbadener Post und auf der Gemeindehomepage schon einiges in dieser Richtung. Gleichzeitig wurde aber auch festgestellt, dass die explizite Rubrik auf der Homepage aktualisiert werden muss. 9 Teilnehmende sprechen sich für eine Verstärkung der Kommunikation aus (64 %), 4 haben Vorbehalte (29 %) und eine Person hält diese Massnahme nicht für notwendig oder zielführend (7 %).



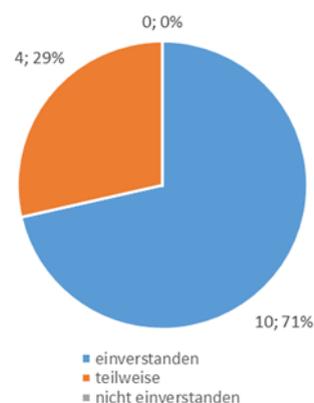
Frage 7, Massnahme M7: Weiterführung des Förderprogramms als Anreiz für Private

Wie den jährlichen Rechenschaftsberichten entnommen werden kann, ist die Nachfrage nach kommunalen Förderbeiträgen für Energiesparmassnahmen anhalten hoch. Dies widerspiegelt sich auch in den Antworten zu dieser Frage: Der Weiterführung des Förderprogramms wird vorbehaltlos zugestimmt (14; 100 %).



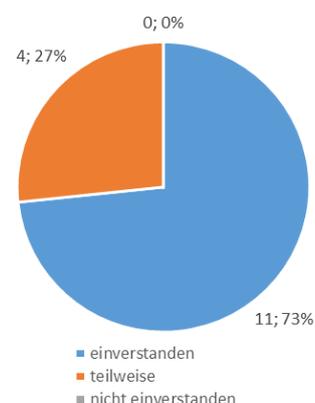
Frage 7, Massnahme M8: Lokale (Solar-)Stromproduktion erhöhen

Die Skepsis jener Teilnehmenden, welche diese Frage mit "teilweise" beantwortet haben (4; 10 %), rührt laut deren Erwägungen überwiegend daher, dass sie die Wirkung dieser Massnahme aufgrund des Tag/Nacht- respektive Sommer/Winter-Paradoxon anzweifeln. Demgegenüber befürworteten 10 Teilnehmende (71 %) Massnahmen zur Erhöhung der lokalen Stromproduktion, z.B. durch den Bau von Photovoltaikanlagen.



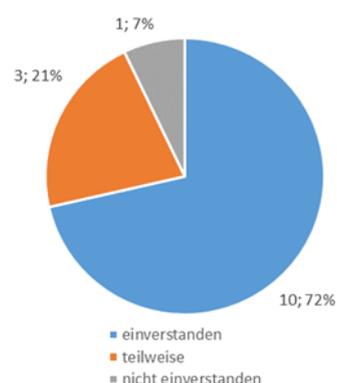
Frage 7, Massnahme M9: Lokale (Solar-)Stromproduktion auf kommunalen Gebäuden erhöhen

Die Frage wurde gleich beantwortet wie jene zur vorangegangenen Massnahme M8, wobei eine Person zwei Wertungen abgegeben hat. Hierbei besteht ein Zusammenhang mit Massnahme M3 "Sanierungsstrategie für kommunale Gebäude entwerfen", welcher alle Teilnehmenden zugestimmt haben.



Frage 7, Massnahme M10: Speichermöglichkeiten für (Solar-)Strom in den Quartieren fördern

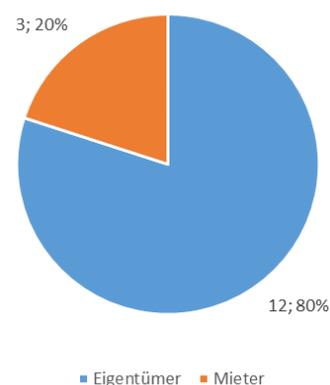
10 Teilnehmende sprechen sich dafür aus, lokale Speichermöglichkeiten für Solarstrom zu fördern (72 %). Eine gewisse Skepsis besteht bei jenen 3 Teilnehmenden, welche die Frage mit "teilweise" beantwortet haben (21 %). Sie äussern einerseits Bedenken hinsichtlich die Gewährleistung der Netzstabilität (sollte Sache des lokalen Stromversorgers sein) oder generell hinsichtlich Batterielösungen (seltene Erden, Entsorgung, Umweltgifte etc.). 1 Person spricht sich gegen diese Massnahme aus (7 %), ohne dafür eine Begründung anzugeben.



Frage 8: Sind Sie Liegenschaftseigentümer/-eigentümerin oder Mieter/-in?

Diese Frage dient der Einordnung der jeweiligen Antworten. Mieterinnen und Mieter (3; 20 %) haben geringere Einflussmöglichkeiten auf Energiesparmassnahmen an Gebäuden als Eigentümerinnen und Eigentümer (12; 80 %), da sie lediglich ihr Verhalten und ihre Gewohnheiten ändern, kaum jedoch bauliche Massnahmen vornehmen können.

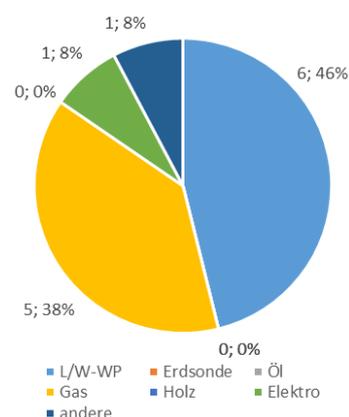
In der an der Umfrage teilnehmende Organisation sind sowohl Mieterinnen und Mieter als auch Eigentümerinnen und Eigentümer vertreten, weshalb sie bei dieser Frage beide Angaben gemacht hat.



Frage 9: Mit welcher Heizung wird Ihre Liegenschaft beheizt?

Von den Umfrageteilnehmenden beheizen 6 ihre Liegenschaft mit einer Luft/Wasser-Wärmepumpe (46 %), 5 mit Gas (38 %) und je 1 mit Holz respektive mit einer Gas-Solar-Kombi-Anlage (je 8 %).

Die teilnehmende Organisation hat die Antwort auf diese Frage leer gelassen.



B. Frei formulierte Bemerkungen mit Beurteilung/Kommentar der Energiekommission

Reihenfolge nach Anzahl Nennungen (mittlere Spalte der Tabelle)

Bemerkung		Beurteilung/Kommentar
<p>Die Qualität der Datengrundlagen wird als ungenügend angesehen. Die Differenzen zwischen den GWR-Daten, den Angaben der Feuerungskontrolle, der Gaskunden-Datei der Regionalwerke AG Baden und dergleichen sind zu gross, um sie unkritisch stehen zu lassen und die Energieplanung darauf aufzubauen. Generell geniessen die GWR-Daten am wenigsten Vertrauen. Um die Angaben zu verifizieren, sollten alle Liegenschaftseigentümerinnen und -eigentümer nach ihren tatsächlichen Gegebenheiten befragt werden.</p>	<p>4x</p>	<p>Grundsätzlich entfalten die vorgeschlagenen Massnahmen ihre Wirkung unabhängig von der Qualität der zugrunde gelegten Daten. Es ist allerdings richtig, dass aufgrund unrichtiger Annahmen z.B. Investitionen falsch priorisiert oder deren Wirkungen verzerrt wird. Deshalb ist die Qualität der Daten massgeblich. Beim Abgleich der Umfrageergebnisse (Frage 9 nach der Heizungsart) mit den GWR-Eintragungen wurden bei 3 von 12 Liegenschaften Differenzen festgestellt (25 %), was auch in etwa der Abweichung der im Planungsbericht aufgeführten Daten entspricht.</p> <p>Massnahme: Es soll ein interner Abgleich zwischen den Heizungsangaben im GWR, den Daten der Feuerungskontrolle, der Gaskunden-Datei und der Wärmepumpen-Stromzähler durchgeführt werden (Fleissarbeit). Dort, wo Differenzen festgestellt werden, sollen die tatsächlichen Gegebenheiten eruiert und die fehlerhaften Datenstämme korrigiert werden.</p>
<p>Mobilität: Die Gemeinde solle den Umstieg von Verbrennungs- auf Elektromotoren fördern, indem sie mehr öffentliche Ladestationen bereitstellt, finanzielle Beiträge an private Ladestationen leistet oder gar die Beschaffung von Elektroautos subventioniert.</p>	<p>2x</p>	<p>Zwar anerkennt die Energiekommission den Nutzen des Umstiegs, steht der Förderung von Mobilitätsmassnahmen aber generell kritisch gegenüber. Der stetig zunehmende Individualverkehr stellt per se ein ökologisches und volkswirtschaftliches Problem dar, welches auch durch den Umstieg auf Elektromotoren nicht verbessert wird. Stattdessen sollte – wenn schon – weniger Mobilität oder der Umstieg auf ÖV oder Velo gefördert werden.</p> <p>Hingegen könnte z.B. jemand einen Beitrag ans GA erhalten, wenn er dafür auf ein Auto verzichtet.</p>

		<p>Die Energiekommission erachtet den Bedarf nach öffentlichen Ladestationen in Ennetbaden als nicht besonders hoch, da Eigenheimbesitzer selber für ihre Infrastruktur besorgt sind und Hotels eigene derartige Anlagen anbieten.</p> <p>Massnahme: Prüfung bei der nächsten Überarbeitung des Energieförderprogramms.</p>
<p>Im Planungsbericht fehlt eine kritische Auseinandersetzung mit den Risiken und Nebenwirkungen der Energiewende (Stichworte: Umweltgifte, Abhängigkeiten, Entsorgung von Batterien, Erdbeben durch Geothermie, Verschandelung von Landschaften und Ortsbildern durch Solaranlagen oder Windräder etc.).</p>	2x	<p>Die Feststellung ist zwar richtig, das Thema kann aber weder auf kommunaler Ebene in Ennetbaden noch im Rahmen der Energieplanung abgehandelt werden. Die im Energieleitbild formulierten Ziele wurden im demokratischen Prozess durch die Gemeindeversammlung beschlossen. Aufgabe der Energieplanung ist es, aufzuzeigen, wie diese Ziele erreicht werden können. Hingegen kann die Energieplanung weder den öffentlichen Diskurs zu diesen Themen beeinflussen noch die übergeordnete, politische Haltung, den Zeitgeist oder die technologischen Entwicklungen vorwegnehmen. Dem Schutz der Landschaft und des Ortsbilds kann im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten mittels Vorschriften in der BNO gedient werden, der Verminderung von Abhängigkeiten z.B. durch die Förderung von lokaler Solarstromproduktion oder Eigenverbrauchsgemeinschaften.</p> <p>Massnahme: Keine.</p>
<p>In der Energieplanung wird zu wenig Gewicht auf Energiesparmassnahmen gelegt (weniger ist mehr, wo kann man verzichten, wie kann der Wärmeverbrauch reduziert werden etc.).</p>	2x	<p>Diese Feststellung ist nach Auffassung der Energiekommission nur teilweise richtig. Die Information und Sensibilisierung der Akteure und der Bevölkerung stellen wichtige Eckpfeiler in der Energieplanung dar, z.B. bei den Massnahmen M4, M5 und M6.</p>

		<p>Ebenso dienen die Massnahmen M3 und M7 der Senkung des Energie- und Wärmeverbrauchs, indem sie auf die Modernisierung des Gebäudeparks und deren Effizienz abzielen.</p> <p>Gesellschaftliche und soziale Verhaltensänderungen (z.B. weniger Wohnfläche belegen, nicht mehr in die Ferien fliegen, Konsum allgemein reduzieren, saisonale und regionale Produkte bevorzugen, Foodwaste vermeiden etc.) können im Rahmen der Energieplanung nicht direkt bewirkt werden. Dennoch können Effizienz und Suffizienz in der Kommunikation und Sensibilisierung eine wichtige Rolle spielen. Der Erlass entsprechender Vorschriften oder Verbote ist kaum mehrheitsfähig.</p> <p>Massnahme: Keine.</p>
<p>Im Planungsbericht wird auf das Thema Windenergie nicht vertieft eingegangen (Seite 34). Diese Möglichkeit sollte aber ebenfalls geprüft werden.</p>	2x	<p>Die Windgeschwindigkeit in der Gemeinde Ennetbaden liegt im Schnitt zwischen 3.5 und 4.5 m/s. (Quelle: Geoportal des Kantons Aargau, Themenkarte: "Windenergiepotenzial"). Wind wird ab min. 5 m/s (bis maximal ca. 35 m/s) als ideal zur Stromproduktion erachtet. Kleinere Windgeschwindigkeiten beziehen regelmässig Anlaufstrom, höhere Geschwindigkeiten überlasten die Mechanik.</p> <p>Massnahme: Keine.</p>
<p>Es fehlen Instrumente, um den Erfolg der Massnahmen messbar zu machen. Aufgrund eines Monitorings kann ermittelt werden, welche Massnahmen die grösste Wirkung entfalten. Anhand dieser Erkenntnisse können die Ressourcen am effizientesten eingesetzt werden.</p>	2x	<p>Diese Feststellung ist insofern richtig, als dass es aufgrund des (statischen) Planungsberichts nicht möglich ist, die Entwicklung zu verfolgen (z.B. wo steht die Gemeinde bezüglich Ausschöpfung des theoretischen Solarstrompotentials, oder wie viel CO₂-Emissionen wurden aufgrund von energetischen Gebäudesanierungen vermieden).</p>

		<p>Zumindest übergeordnet ist aber bekannt, wo die grössten Verbraucher zu orten sind und Massnahmen ihre grösste Wirkung entfalten (Gebäudepark/Wärme, Mobilität). Es bleibt zu bedenken, dass ein derartiges Monitoring mit erheblichem Aufwand verbunden ist und die technischen Möglichkeiten sowie die fachlichen und die personellen Ressourcen der Gemeinde eventuell sprengen.</p> <p>Zumindest für das Monitoring des kommunalen Gebäudeparks bietet sich weiterhin die Energiebuchhaltung mittels Tool EnerCoach Online und die jährliche Kommunikation des Ergebnisses zuhanden der Bevölkerung an (siehe auch Massnahme M3, M4).</p> <p>Massnahme: Keine.</p>
<p>Da eine einseitige Abhängigkeit der Gemeinde Ennetbaden vom Energiedienstleister Regionalwerke AG Baden besteht, sollte unbedingt eine Gemeindevertretung im Verwaltungsrat angestrebt werden, um die Interessen der Gemeinde bei strategischen Entscheiden zu vertreten.</p>	2x	<p>Obwohl die Gemeinde Ennetbaden (wie auch die anderen Gemeinden im Versorgungsgebiet der Regionalwerke AG Baden) nicht im Verwaltungsrat vertreten ist, hat sie die Möglichkeit zur Einflussnahme. Dies erfolgt über die Konzessionsverträge für Elektrizität, Gas und Fernwärme.</p> <p>Massnahme: Keine.</p>
<p>Förderung von Eigenverbrauchsgemeinschaften</p>	1x	<p>Diesem Vorschlag stimmt die Energiekommission grundsätzlich zu.</p> <p>Massnahme: Eigenverbrauchsgemeinschaften sollen - sobald die gesetzlichen und technischen Rahmenbedingungen dafür gegeben sind - mittels Kommunikation und Initiierung angestossen und finanzielle Förderbeiträge geprüft werden.</p>

<p>Die Gemeinde könne eine Liste führen über Bauherrschaften, die Energiesparmassnahmen umgesetzt haben. Interessierte könnten sich dann bei diesen Personen über deren Projekte, ihr Vorgehen und ihre Erfahrungen erkundigen.</p>	1x	<p>Diese gute Idee wird von der Energiekommission unterstützt. Eine Vernetzung "von Ennetbadenern für Ennetbadener" könnte auch das nachbarschaftliche Gemeinschaftsgefühl stärken und Impulse ausstrahlen.</p> <p>Massnahme: Prüfen, ob bei der Bearbeitung von Energiefördergesuchen erhoben werden kann, wer sich als Auskunftsperson auf einer derartigen Liste erfassen lassen möchte und bereit wäre, anderen Interessierten Auskunft zu geben.</p>
<p>Es wird bemängelt, dass die Energieplanung keine Ausstiegsstrategie für die Gasversorgung beinhaltet. Eine solche sei aber nötig, wenn nicht sichergestellt ist, dass die Versorgung zu 100 % mittels erneuerbarem Biogas bewerkstelligt werden könne.</p> <p>Ausserdem müsse ein solche Strategie auch ausweisen, wie jene Gebiete beheizt werden können, die kein Gas mehr beziehen und nicht im Versorgungssperimeter der Fernwärme liegen.</p>	1x	<p>Laut eigenen Angaben besteht bei der Regionalwerke AG Baden derzeit keine Absicht, ganz aus der Gasversorgung auszusteigen. Der Anteil an erneuerbarem Gas soll aber kontinuierlich erhöht werden.</p> <p>Ziel ist es, ganz auf fossilen Brennstoff verzichten zu können. Die Gemeinde kann auf die Strategie der Regionalwerke AG Baden indirekt Einfluss nehmen, indem sie den Konzessionsvertrag Gasversorgung neu verhandelt. Allerdings ist sie dann auch in der Pflicht, alternative Heizmöglichkeiten auszuweisen. Solche müssen im Einzelfall betrachtet werden, da Erdsonden in weiten Teilen Ennetbadens nicht möglich und einzelne Liegenschaften zu gross für L/W-Wärmepumpen sind. Hier könnten z.B. Holzpellet-Heizungen eine wichtige Rolle einnehmen.</p> <p>Massnahme: Prüfen, unter welchen Bedingungen der Konzessionsvertrag Gasversorgung mit der Regionalwerke AG Baden neu verhandelt werden kann und welche Konsequenzen daraus entstehen.</p>

<p>Gründung einer Solarstromgenossenschaft mit Bürgerbeteiligungsmodell, "vermieten" von Dächern.</p>	1x	<p>Dieser Vorschlag steht im Zusammenhang mit Massnahme M8, "Lokale (Solar-)Stromproduktion erhöhen". Die Energiekommission erachtet diesen Vorschlag als prüfungswert. Hierbei gilt es auch zu beachten, dass derartige Möglichkeiten bereits bestehen und die Marktsituation genau analysiert werden muss, bevor die Gemeinde sich einer derartigen Aufgabe stellt.</p> <p>Massnahme: Keine (ist im Planungsbericht bereits erwähnt).</p>
<p>Die Gemeinde sollte strengere Vorschriften für die Gestaltung von PV-Anlagen auf Flachdächern erlassen. Gründächer dienen der Biodiversität, sollten deshalb beim Bau von PV-Anlagen erhalten bleiben und nicht durch graue Kiesdächer ersetzt werden.</p>	1x	<p>Die Pflicht zur extensiven Begrünung von (neuen) Flachdächern ist in der BNO bereits geregelt. Die nachträgliche Erstellung einer PV-Anlage entbindet von dieser Pflicht nicht, d.h. der Ersatz des Gründachs durch eine Kieseindeckung ist bei solchen Dächern nur in begründeten Ausnahmefällen gestattet.</p> <p>Allenfalls können Förderbeiträge für PV-Anlagen auf bestehenden Flachdächern mit einer alten Kiesabdeckung davon abhängig gemacht werden, ob das Dach gleichzeitig extensiv begrünt wird (oder Förderbeiträge für eine solche, zusätzliche Massnahme angemessen erhöht werden).</p> <p>Massnahme: Prüfung bei der nächsten Überarbeitung des Förderprogramms.</p>
<p>Die regionale Zusammenarbeit unter den Gemeinden sollte vorangetrieben werden. Es ist nicht sinnvoll, wenn jede Gemeinde für sich alleine Massnahmen trifft und Investitionen tätigt.</p>	1x	<p>Die unterschiedlichen Planungen auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene sollen sich sinnvoll ergänzen und nicht zuwiderlaufen oder konkurrenzieren. Je nach Belang können klein- oder grossräumige Massnahmen sinnvoll sein. Baden Regio hat entschieden, eine regionale Energieplanung für und mit den Verbandsgemeinden erstellen zu lassen. Der Kanton unterstützt und fördert derartige Projekte.</p>

		<p>Massnahme: Die Gemeinde Ennetbaden mit ihrer eigenen, kommunalen Energieplanung soll sich bei der Erarbeitung der regionalen Energieplanung einbringen.</p>
<p>So wie der Kanton Aargau, soll sich auch die Gemeinde Ennetbaden zum Ziel setzen, den Treibhausgasausstoss ihres Gemeindebetriebs bereits bis 2040 (und nicht erst bis 2050) auf Netto Null zu senken. Da Ennetbaden eine reiche Gemeinde mit vielen finanzkräftigen Einwohnerinnen und Einwohnern sei, könne es sich einen besonderen Effort leisten und sollte mit gutem Beispiel voran gehen.</p>	1x	<p>Mit den Massnahmen M3, M4 und M7 bewegt sich die Gemeinde bereits in diese Richtung. Zusätzliche Massnahmen gemäss Aktivitätenprogramm Energiestadt verstärken die Wirkung (z.B. kommunale Fahrzeugflotte nur noch mit Elektroantrieb). Wie schnell sich alle Massnahmen umsetzen lassen, ist aber auch von den notwendigen Investitionen abhängig. Hierbei sind beispielsweise auch Abschreibungen von Restwerten und dergleichen zu berücksichtigen. Ausserdem bestehen Abhängigkeiten von Dritten (Regionalwerke AG Baden). Abgesehen davon müssen die erforderlichen Kredite jeweils durch die Gemeindeversammlung genehmigt werden. Bis wann das Netto Null-Ziel realistischer Weise erreicht werden kann, hängt vom Ergebnis der verschiedenen Massnahmenplanungen ab und kann nicht vorweggenommen werden.</p> <p>Massnahme: Keine.</p>
<p>Aufgrund seiner topografischen Lage ist Ennetbaden hervorragend für die Stromgewinnung mit kleinen Hydro-(Wasser-)Kraftwerken geeignet. Diese Option sollte in der Energieplanung ebenfalls erwähnt werden.</p>	1x	<p>Das Potenzial für Wasserkraft wurde per Klimakalkulator ausgewiesen (Bericht: Abb. 5-5, S.32) und ist irrelevant. Es wird deshalb im Rahmen der Energieplanung nicht weiter erwähnt. Nichts desto trotz kann z.B. die finanzielle Förderung von innovativen Kleinstprojekten im Einzelfall geprüft werden.</p> <p>Massnahme: Keine.</p>
<p>Eine BNO-Teilrevision mit grundeigentümergebundnen Regelungen bezüglich Energiethemen sollte möglichst bald umgesetzt werden.</p>	1x	<p>Die Energiekommission unterstützt dieses Anliegen und wird dem Gemeinderat entsprechende Vorschläge unterbreiten.</p>

Einige Teilnehmende haben darüber hinaus im freien Textteil konkrete Fragen zu ihrer persönlichen Situation gestellt. Derartige, individuelle Fragen können nicht im Rahmen dieses Berichts beantwortet werden. Ihnen wird empfohlen, sich mit ihren Anliegen stattdessen an eine Energieberatungsstelle zu wenden.

Zudem wurde festgestellt, dass die Angaben auf der Gemeindehomepage unter den Rubriken Energieberatung/Fördermassnahmen sowie Energiestadt nicht aktuell sind. Die Gemeindeverwaltung sollte der Bewirtschaftung der Homepage mehr Aufmerksamkeit schenken, die Angaben sollen so rasch wie möglich aktualisiert und laufend à jour gehalten werden.

Der Gemeinderat und die Energiekommission danken allen Teilnehmenden herzlich für ihre intensive und gewissenhafte Auseinandersetzung mit dem Planungsbericht und für die wertvollen Rückmeldungen.

Verabschiedet durch den Gemeinderat Ennetbaden am 10. Juli 2024/B+P/vb